



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

p/IV/96

Hannover, 15. August 1946

Erste Bilanz

(sp) Alle Berichte über den Verlauf des Wahlkampfes stimmen in dem Hinweis überein, dass sich die Wähler der Bedeutung der Stunde bewusst waren, als sie in einer freien demokratischen Wahl nicht bayerischen oder niedersächsischen, sondern deutschen Charakters ihre Stimme abgaben. Daraus erklärt sich auch die unerwartet hohe Wahlbeteiligung, die in schroffem Gegensatz zu den meist ganz anders lautenden Voraussagen stand. Von Wahlmüdigkeit war jedenfalls nirgends etwas zu spüren. Das deutsche Volk hat die Notwendigkeit demokratischer Selbstverantwortung begriffen und, unbeschadet der Tatsache, dass es noch nicht wieder ein einheitliches Deutschland gibt und dass in Deutschland die Besatzungsmächte nach wie vor das letzte Wort haben, danach gehandelt.

Freilich ist auch bei dieser Gelegenheit wieder der verhängnisvolle Hang zu Eigenbrütelei sehr stark sichtbar geworden, die Parteienzersplitterung ist recht unerfreulich und weckt die mahnende Erinnerung an die gleiche Erscheinung in den zwanziger und Anfang der dreissiger Jahre, die dann den Übergang zur Diktatur einer Partei bildete.

Innerhalb der zahlreichen bürgerlichen Gruppen ist ein Ruck nach rechts unverkennbar. Diese Tendenz kommt darin zum Ausdruck, dass sowohl die Deutsche Partei wie die Bayernpartei, die viel Ähnlichkeit miteinander haben, je 17 Abgeordnete in den Bundestag entsenden werden und dass es auch der WdV gelang, 12 Mandate zu erringen. Die Rechtsparteien und ihre Splittergruppen haben stellenweise bemerkenswerte Einzelerfolge erzielt. Aber die Tatsache, dass insgesamt noch nicht zehn Prozent der deutschen Wähler ihren Lockungen erliegen sind, ist ein erfreuliches Zeichen für die politische Urteilskraft des Volkes in seiner überwiegenden Mehrheit, das sich bereit zeigt, sachlichen Überlegungen vor demagogischen Fesseln den Vorrang zu geben.

Was das Verhältnis der grossen Parteien zueinander betrifft, so ist hier das hervorstechende Merkmal der sehr erheblich verringerte Abstand zwischen der CDU/CSU und der SPD. Die SPD folgt der CDU in ganz kurzem Abstand, und es ist sicher und findet in den Tatsachen, so wie sie in Ostdeutschland vorliegen, seine volle Begründung, dass bei Wahlen, die sich auf ganz Deutschland erstreckt haben würden, die also Berlin und die Ostzone mit eingeschlossen hätten, die SPD mit Längen an der Spitze gelegen haben würde.

Der KPD ist es nicht in einem einzigen Wahlkreis gelungen, einen Kandidaten direkt durchzubekommen. Der einzige Erfolg, den diese Partei erzielen konnte, war der, dass sie durch die Zersplitterung der Arbeiterstimmen der CDU, also der Partei der Wirtschaftspolitik des Prof. Erhard, dazu verhalf, noch einmal die stärkste aller Parteien zu werden.

Es muss in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, dass die Arbeit der SPD unerhört durch die Demontagepolitik vor allem der britischen Regierung erschwert worden ist, denn zu einem guten Teil hat die CDU ihren Wahlkampf mit dem Hinweis auf dieses offenkundige Versagen sozialistischer Solidaritätsbewahrung geführt.

In sozialdemokratischen Kreisen ist man der Ansicht, dass, obwohl durch diese Wahl das Ziel der sozialdemokratischen Partei, zur stärksten Partei auch in den Westzonen zu werden, nicht erreicht wurde, ein grosser Schritt zu diesem Ziele gelungen ist.

Ollenhauer zur Wahl

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, gab zur Wahl folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratie hat bei den gestrigen Bundestagswahlen den Abstand zwischen ihr und der CDU/CSU sowohl zahlenmässig, als auch prozentual gegenüber den letzten Wahlen weiter verringert. Unbefriedigend ist aber die Tatsache, dass die Partei nur zu einem geringen Teil von der höheren Wahlbeteiligung Nutzen gehabt hat. Die CDU hat entschieden profitiert von ihrer starken Position in der französisch-besetzten Zone, während der Ausfall von Berlin und der russisch-besetzten Zone in erster Linie gegenüber der Sozialdemokratie sich ausgewirkt hat.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die drei Parteien, SPD, CDU und FDP, fast drei Viertel aller Stimmen auf sich vereinigt haben, während die Splitterparteien und die Unabhängigen nur zehn Prozent aller Stimmen gewinnen konnten. Trotzdem zeigen die Wahlziffern dieser Gruppe, dass eine ziemlich starke Wählerschicht politisch in Bewegung geraten ist.

Das gestrige Wahlresultat lässt noch nicht absolut sicher erkennen, zu welchen politischen Vorstellungen sich diese Gruppe bekennen wird, aber es ist angebracht, das Anwachsen der rechtsradikalen Gruppen mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Erfreulich ist der weitere Rückgang der kommunistischen Stimmen.

Die SPD-Fraktion in Bundestag

sp. Mit 131 Abgeordneten zieht die SPD als zweitstärkste Fraktion in den Bundestag, und zwar entsendet Nordrhein-Westfalen 37, Niedersachsen 24, Bayern 18, Hessen 13, Württemberg-Baden 10, Schleswig-Holstein 8, Rheinland-Pfalz 8, Hamburg 6, Bremen 3, Südbaden und Süd-Württemberg je 2. 24 der Abgeordneten sind Flüchtlinge, 11 sind Frauen, zwei Pastoren. Der jüngste Abgeordnete ist mit 29 Jahren Helmut Bazille, Stuttgart, der älteste Abgeordnete ist Matthäus Herrmann, Bayreuth, 70 Jahre.

Aus Bayern: Dr. Walter Seuffert, München-Nord, 42 Jahre alt, Rechtsanwalt; Franz Marx, München-Ost, 46 Jahre, Parteisekretär; Max Wöner, München-Süd, 53, Gewerkschaftssekretär; Otto Graf, München-West, 57, Germanist und Historiker; Walter Saßnick, Nürnberg, 54, Chefredakteur; Wilhelm Fischer, Nürnberg-Fürth, 55, Verwaltungsdirektor; Dr. Willibald Mücke, Erlangen, 45, Rechtsanwalt, Flüchtling aus Breslau; Georg Kurlbaum, 47, Dipl.-Ingenieur; Matthäus Herrmann, Bayreuth, 70, Reichsbahn-Amtmann i.R.; Arno Behrisch, Hof, 36, Verlags-Geschäftsführer; Friedrich Schönauer, Kulmbach, 45, Angestellter; Waldemar v. Knoeringen, 43, Landesvorsitzender der SPD; Richard Reitzner, Haar/München, 55, zweiter Landesvorsitzender der SPD; Flüchtling aus dem Sudetenland; Käthe Strobel, Nürnberg, 42, Hausfrau; Franz Höhne, Regensburg, 45, Parteisekretär; Valentin Baur, Augsburg, Betriebsleiter; Ernst Zühlke, Coburg, 54, Gewerkschaftssekretär, Flüchtling aus Breslau; Lisa Albrecht, München, 53, stellv. Landesvorsitzende der SPD.

Niedersachsen: Georg Peters, Aurich, 41, Schriftsetzer, jetzt Landrat; Johann Temmen, Leer, 53, Platzmeister; Johann Cramer, Wilhelmshaven, 44, Redakteur; Fritz Ohlig, Delmenhorst, 47, Stelknetz, jetzt Parteisekretär; Arthur Mertins, Cuxhaven, 51, Schriftsteller, Flüchtling aus Königsberg; Friedrich Nowak, Lüneburg, 59, Gewerkschaftssekretär; Lisa Korpeter, Celle, 49, Kindergärtnerin, Flüchtling aus Magdeburg; M.E. Priebe, Uelzen, 47, Pastor; Bruno Leddin, Hannover St.Nord, 51, Angestellter, Flüchtling aus Pommern; Dr. Kurt Schumacher, Hannover St. Süd, 54, Vorsitzender der SPD; Hans Jahn, Hannover-Land, 64, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft; Ernst Weltner, Neustedt, 51, Lehrer; Dr. Otto Greve, Nienburg, 51, Rechtsanwalt; Herbert Kriedemann, Hameln, 46, Parteisekretär; Dr. Elinor Hubert, Alfeld, 49, Ärztin; Heinrich W. Ruhnke, Hildesheim St.u.Ld., 58, Kaufmann; Karl Bielig, Gandersheim, 51, Redakteur, Ostzonenflüchtling, Otto Arnholz, Braunschweig St., 55, Beamter; Hermann Troppenz, Braunschweig Ld., Helmsedt, 60, Verwaltungsdirektor; Fritz Wenzel, 39, Goslar Ld., Pastor, Flüchtling aus Breslau; Hermann Stopperich, Bad Lauterberg/Harz, 54, Angestellter; Dr. Joachim Schöne, 43, Peine/Sifhorn, Dipl.Kaufmann, Flüchtling aus Westpreußen; Dr. Martin Schmidt, Northeim, 35, Dipl.Landwirt, Flüchtling aus Schlesien; Arno Hennig, Göttingen/Münden, 52, Parteisekretär, Ostzonenflüchtling.

Nordrhein-Westfalen: Hermann Runge, Remscheid/Solingen, 47, Parteisekretär; Friedhelm Wißmann, Moers, 45, Geschäftsstellenleiter;

15. August 1949

Otto Striebeck, Mülheim, 55 Jahre, Musiklehrer - Erwin Lange, Essen II, 35, - Karl Bergmann, Essen III, 42, Gewerkschaftssekretär - Eberhard Brunen, Duisburg I, 43, Parteisekretär - Gustav Sander, Duisburg II, 68, Gewerkschafts-Angestellter - Robert Geritzmann, Geisenkirchen 56, Oberbürgermeister - Wilhelm Tenhagen, Gladbeck, 38, Oberbürgermeister - Hans Böhm, Bielefeld/Land, 59, Gewerkschaftssekretär - Frida Nadig, Bielefeld st, 52 Sozialfürsorgerin - Heinrich Köcker, Herford, St. und Land, 63, Oberbürgermeister - August Berlin, Detmold Ld, 30, Parteisekretär - Wilhelm Bellies, Lemgo, 60, Schriftsteller - Dr. Paul Bleiss, Minden, 45, kaufmännischer Direktor, Ostzonenflüchtling - Erich Meyer, Wattenscheid-Wanne-Sinkel, 49, Parteisekretär - Heinrich Imig, Herne/Castrop-Rauxel, 56, Gewerkschaftssekretär - Walter Freitag, Ennepe/Witten, 60, Gewerkschaftsangeestellter - Fritz Janssler, Dortmund I, 63, Oberbürgermeister - Dieter Keuning, Dortmund II, 41, Schlosser - Otto Danneberg, Dortmund III, 46, Bergmann - Erich Ollenhauer, Bochum, 48, stellvertr. Vorsitzender der SPD - Dr. Eric Kötting, Iserlohn, Stadt und Land, 67, Wirtschaftsminister - Alfred Gleisner, Juna/Hamm, 49, Kaufmann - Erwin Welke, Alvena/Ladenscheld, 39, Redakteur - Dr. Walter Penzel, Düsseldorf, 48, Innenminister - Richard Kinat, Horn/Lippe, 61, Angestellter, Flüchtling aus Ostpreussen - Luise Alberts, Oberhausen, 48, Buchhalterin - Willi Eichler, Köln, Redakteur, 53 - Dr. Gerhard Luetkens, (Hannover), 56, Parteisekretär - Werner Jacobi, Iserlohn, 42, Staatskommissar - August Weinhold, Beckum, 57, Flüchtlingsbetreuer, Flüchtling aus Oberschlesien - Robert Görtinger, Köln, 61, Oberbürgermeister - Rudolf Heiland, Marl, 39, Kaufmann, Flüchtling aus Danzig - Liesel Kipp-Kaule, Herford, 43, Gewerkschaftssekretarin - Heinrich Hoppe, Münster, 55, Landwirt - Karl Brunner, Essen, 44, Redakteur.

Hessen:

Georg A. Zinn, Kassel Stadt und Land, 42, Justizminister - Rudolf Freidhof, Wiesbaden, 61, Regierungsrat, sozial. Minstr. Koblenz, Hersfeld, 45, Richter, Rat - Hermann Müller, Gießen/Oberlahn, 48, Lehrer - Wilhelm Knuche, Friedberg, 61, Landesvorsitzender der SPD - Jakob Altmeier, Marburg Stadt und Land, 50, Redakteur - Dr. Hermann Brill, Frankfurt, 58, Staatssekretär, Ostzonenflüchtling - Wilhelm Bräkelmann, Kassel, 36, kaufmännischer Angestellter; Georg Stierle, Frankfurt, 52, kaufmännischer Angestellter; Prof. Ludwig Bergsträsser, Mitt./Taunus, Gr. Lerau, 66, Geschichtsforscher - Dr. Harald Korn, Offenbach Stadt und Land, 42, Wirtschaftsminister - Dr. Ludwig Engel, Darmstadt Stadt und Land, 43, Justizbeamter, - G. Heinrich Ritzel, Lieburg-Erbach, 58, Schriftsteller - Willi Richter, Frankfurt/Main, 56, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Hessen

Südbaden

Fritz Meyer, Freiburg, 55, Ministerialrat - Martha Schwanenbach, Gengenbach, 42, Fürsorgerin

Süd-Württemberg

Oskar Kalbfell, Heutlingen, 52, Oberbürgermeister - Fritz Erlar, Tuttlingen, 36, Verwaltungsbeamter.

Württemberg-Baden: Klara Doering, Stuttgart I, 50, Gewerkschaftssekretärin; Frich Schöttle, Stuttgart II, 50, Journalist; Willi Lausen, Ludwigsburg, 48, Redakteur; Dr. Hermann Veit, Karlsruhe, 52, Wirtschaftsminister; Professor Carlo Schmid, Mannheim St. 53, stellv. Ministerpräsident; Ernst Paul, Esslingen, 52, Redakteur, Flüchtling aus dem Sudetenland; Helmut Bazille, Stuttgart, 29, Verbandssekretär; Oskar Matzner, Karlsruhe, 51, Lehrer, Flüchtling aus dem Sudetenland; Emi Meyer-Laule, Heidelberg, 50, Hausfrau; Dr. Karl Mommer, Stuttgart, 39, Sozialwissenschaftler.

Schleswig-Holstein: Paul Stegh, Oldenburg, Eutin-Süd, 57, Beamter, Flüchtling aus Ostpreussen; Paul Brömme, Lübeck, 43, Redakteur; Wilhelm Steinhörster, Steinburg, 41, Angestellter; Anni Krahnstöver, Pinneberg, 45, Parteisekretärin, Flüchtling aus Oberschlesien; Hans Ekstrand, Stormarn, 46, Gewerkschaftssekretär, Ostzonenflüchtling; Professor Dr. Wilhelm Güllich, Hgztm. Lauenburg, 54, Bibliotheksdirektor; Professor Dr. Fritz Baade, Kiel, 56, Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, Ostzonenflüchtling; Kurt Pohle, Eckernförde, 50, Staatsbeamter, Flüchtling aus Schlesien.

Rheinland-Pfalz: Willi Müller, Worms, 46, Direktor; Friedrich W. Wagner, Ludwigshafen, 55, Justizrat; Ernst Roth, Neustadt, 48, Redakteur; Adolf Ludwig, Kaiserslautern, 57, Gewerkschaftsvorsitzender; Jakob Steffan, Mainz, 61, Innenminister; Emil Bettgenhäuser, Koblenz, 43, Parteisekretär; Peter Jacobs, Trier, 43, Redakteur; Anton Diel, Trossen, 51, Angestellter.

Hamburg: Peter Blachstein, Niendorf, 38, Journalist; Karl Meitmann, St. Georg, 58, Landesvorsitzender der SPD; Irma Keilhack, Wohlsdorf, 41, Hausfrau; Herbert Wehner, Finkenwärder, 43, Redakteur, Erich Klabunde, Hamburg, 42, Redakteur; Helmut Kalbitzer, Hamburg, 36, Geschäftsführer.

Bremen: Heinz Meyer, Bremen-Ost, 52, Geschäftsführer; Dr. Siegfried Birsch, Bremen, 29, Redakteur, Ostzonenflüchtling; Bernhard Lohmüller, Bremen-Nord, 58, Maschinenschlosser.

- - - - -

Die SPD zur Wahl

Vom Vorstand der SPD wird zum Wahlergebnis folgendes erklärt:

Die Sozialdemokratische Partei hat Stimmen gewonnen. Sie hat auch den Abstand zur CDU, der durch den Eintritt der französischen Zone in den provisorischen westdeutschen Bundesstaat beträchtlich war, zu verringern gewusst. Ihr ist es aber nicht gelungen, von der ausserordentlichen Erhöhung der Wahlbeteiligung den gebührenden Anteil zu erringen.

Diese Wahl ist ein Zeichen dafür, dass die Entwicklung des deutschen Parteienwesens erneut in Fluss gekommen ist. Ein grosser Teil der Wählerstimmen drückt sich in Mandaten nicht aus und ist einfach sinnlos verschenkt worden. Die neuen Gruppierungen auf der Rechten zeigen die starke Rechtsbewegung in Deutschland nicht genau an. Die Christlichen-Demokraten haben auch erhebliche Bestandteile, die an sich der deutschen Rechten angehören. So wie bei ihnen die Strömungen der Rechten virulent sind, sind auch bei der grössten Rechtspartei, der Deutschen Partei, die Deutsche Konservative und die Deutsche Rechtspartei als Stimmungsfaktor vorhanden. Das bedeutet eine weitgehende Lähmung der rechten Mitte in der deutschen Politik.

Das politische Ergebnis dürfte auf die Bildung eines Bürgerblocks, d.h. auf die Besitzverteidigung auf Kosten der breiter Massen des Volkes hingehen. Jedenfalls machen sich die Wortführer der führenden Schichten der Christlichen und Freien Demokraten schon in dieser Richtung bemerkbar. Grosse Massen des Volkes haben millionenfach gegen ihre ureigensten wirtschaftlichen und sozialen Interessen gewählt. Sie dürften jetzt die Opfer der von ihnen geschaffenen politischen Machtverteilung werden. Man kann für den kommenden Winter mit Minderungen im Produktionsergebnis, vor allem aber muss man mit einem beträchtlichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit rechnen. Auch der ganze Komplex des Lastenausgleichs und der Sozialisierung ist auf das schwerste gefährdet. Die Sozialdemokratie freilich wird weiter um die Durchführung ihrer wirtschaftspolitischen und sozialen Ziele kämpfen und die Mehrheit im Parlament immer von neuem vor der deutschen Öffentlichkeit vor die Beantwortung dieser Fragen stellen.

Die Sozialdemokratie ist die Partei gewesen und ist es heute erst recht, die die Einheit Deutschland zur Grundlage ihrer Politik macht. Sie wird weiter sich des Deutschen Ostens mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln annehmen. Sie erklärt im Besonderen gegenüber Berlin, dass sie die treue Kameradschaft der vergangenen Kampfperioden aufrechterhalten und für die wirtschaftlichen politischen Notwendigkeiten Berlins stets eintreten wird.

Die heutige politische Situation in Deutschland sollte auch das Ausland veranlassen, wohl zu unterscheiden zwischen gutwilligen Demokraten, die die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes verteidigen, und neuen extremen Rechtsgruppierungen, die weitgehend das

Ergebnis der Demontage der deutschen Demokratie durch kurzsichtige ausländische Kräfte sind.

In dieser Lage erklärt die Sozialdemokratie, ihre Kräfte aufs Auserste anspannen zu wollen, um die für Deutschland und Europa notwendigen Ziele ihrer Politik durchzusetzen. Sie wird nicht aufhören, sich unermüdlich an das Deutsche Volk zu wenden und es über die Zusammenhänge aufzuklären, die viele Deutsche in diesen Tagen so gefährlich verkannt haben.

Wahlen unter Hitlers Schatten?

Beunruhigung im Ausland über den rapiden Vormarsch der Rechtsopposition - Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie wäre Selbstmordpolitik

Von Kurt Kaiser-Blüth (Paris)

Die Wahlen zum ersten deutschen Bundestag sind vom Ausland mit gespanntem Interesse verfolgt worden. Um objektiv zu referieren: wohl die gesamte Auslandspresse war sich darüber einig, dass diese Wahlen "unter einem nationalistischen Komplex" standen, wenn auch die kritischen Urteile sehr nuanciert waren.

Von diesem distanzierten Fauschalurteil abgesehen, das natürlich ~~von~~ den inneren Bedingungen dieses sehr vielschichtigen Wahlkampfes nur selten gerecht werden konnte, kam es jedoch zu bemerkenswert positiven Urteilen über die führenden Parteichefs der werdenden deutschen Republik.

Eine grosse Schweizer Wochenschrift nannte Dr. Kurt Schumacher eine "erstaunliche Persönlichkeit", deren "stark persönliches Profil in erfreulichster Weise von der so ermüdenden Seablone der heutigen europäischen Politikergeneration abwich".

Diskussion

Im Brennpunkt der politischen und journalistischen/stand im Ausland indessen nicht die Aktivität der grossen "traditionellen" Parteien, sondern die provokatorische Propaganda der rechtsextremistischen Gruppen, die sich von Tag zu Tag weniger Hemmungen auferlegten u. kaum noch ihre nazistische Vorgangenhait zu tarnen versuchten.

Die skandalöse Remer-Versammlung in Oldenburg, die unter dem Motto stand, "In zwei Jahren sind wir an der Macht", war das Leitmotiv der Leitartikel und hat die junge Republik mit einer Hypothek des Misstrauens belastet, obwohl sie mit Remer und seinem Nazikreis gewiss nichts gemein hat. Filmgesellschaften haben eine Versammlung der Rechtspartei gedreht, in der die "Wacht am Rhein" gesungen und Hitler-Grüsse ausgetauscht wurden. Auch der Überfall auf den Ge-

schäftsführer der Hamburger "Freien Demokratischen Partei," der in einer Versammlung der Rechtsradikalen als "Judenschwein" und "Verräter" bezeichnet und zu Boden geworfen wurde, wird als bezeichnendes Symptom gewertet.

So ist es klar, dass der relativ starke Erfolg der Rechtsopposition grosse Beunruhigung hervorruft. "Wahlen in Hitlers Schatten" nennen französische Blätter dieses Phänomen, wenn auch die Linkspresse mit Genugtuung auf die Solidität der Sozialdemokratischen Partei hinweist.

"Vier Jahre nach Hitlers Tod steht die junge Republik vor einer neuen Bedrohung", erklärt die belgische Presse, wobei sie darauf hinweist, dass die "Energie, mit der sie gegen ihre Todfeinde handelt", ein Prüfstein für die erste Regierung der westdeutschen Republik sein werde."

"Nur kompromissloser Kampf gegen den wiedererstandenen Nazismus kann der kommenden Bonner Regierung das erschütterte Vertrauen des Auslandes wiedergewinnen", liest man in Holland, während die massgebende entschieden demokratische Schweizer Presse sagt, dass ein "Bürger"-Block, der auf die sympathische Tolerierung durch die Nazi-Aktivisten angewiesen sei, das trojanische Pferd der Republik bedeuten würde."

Und eine führende französische Zeitung, die keineswegs sozialistisch ist, erklärt, dass "nur eine breite demokratische Koalition die Republik vor der plötzlich aufgetauchten inneren Gefahr der unbelohrbaren Diktaturjünger bewahren könne."

Verantwortlich Peter Raunou